

20.11.2025 | Klimaschutz

Anne Riecke zu TOP 24 "Kein CCS in Schleswig-Holstein"

In ihrer Rede zu TOP 24 (Kein CCS in Schleswig-Holstein – kein Festhalten an fossilen Emissionen) erklärt die Klimaschutzpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anne Riecke**:

„Wenn wir heute über den Antrag des SSW diskutieren, dann sprechen wir über ein Thema, das uns im Landtag schon seit über drei Jahren immer wieder beschäftigt: die Frage, wie wir mit unvermeidbaren Restemissionen umgehen und welche Rolle CCS in einer modernen Klimaschutzstrategie spielen kann.“

Ich möchte deshalb zunächst an die Entwicklung hier im Haus erinnern und warum wir heute anders diskutieren als 2022. Im Juni 2022 haben wir im Landtag einen interfraktionellen Antrag beschlossen, der CCS in Schleswig-Holstein und in deutschen Küstengewässern klar ablehnte. Das war damals der Stand der Debatte, geprägt von vielen offenen Fragen, von Unsicherheit und von Lücken im Rechtsrahmen. Infolge dieses Antrags hat die Landesregierung im Umwelt- und Agrarausschuss berichtet und Anfang 2023 haben wir gemeinsam eine ausführliche Anhörung zu CCS durchgeführt.

Diese Anhörung war jedoch ein Wendepunkt. Sie hat gezeigt: Die Wissenschaft ist weiter. Die Klimaziele sind anspruchsvoller. Und manche unserer früheren Einschätzungen müssen wir heute differenzierter betrachten. Viele Expertinnen und Experten haben klar gesagt: Wenn wir Klimaneutralität erreichen wollen, reichen Vermeidung und erneuerbare Energien allein nicht aus. Für bestimmte industrielle Prozesse bleiben Restemissionen. Und dafür brauchen wir technische Lösungen. Die Regierungsfaktionen und auch wir haben uns dieser wissenschaftlichen Einschätzung nicht verschlossen. Wir haben unsere Position weiterentwickelt – verantwortungsbewusst und faktenbasiert.

Der SSW fordert nun, dass Schleswig-Holstein im Bundesrat gegen das geänderte Kohlendioxid-Speicherungsgesetz stimmt. Wir lehnen das ab. Nicht, weil wir unkritisch wären. Nicht, weil wir CCS als Allheilmittel betrachten. Sondern weil dieser Antrag die Realität des Gesetzes erkennt – und weil er technologischen Fortschritt pauschal ausschließt. Ich möchte ein paar zentrale Punkte nennen, die in der Debatte gerne übersehen werden: Das Gesetz beschränkt künftige Speicherprojekte ausdrücklich auf den Festlandsockel und die ausschließliche Wirtschaftszone – also auf Bereiche außerhalb des Küstenmeeres. Für Schleswig-Holstein heißt das: Unsere Schutzgebiete bleiben tabu. Das Gesetz schließt das ausdrücklich aus. Speicherung in Meeresschutzgebieten beispielsweise ist grundsätzlich nicht zulässig.

Weiterhin schafft das Gesetz erstmals einen einheitlichen Rechtsrahmen für CO₂-Transportinfrastruktur – etwas, das bisher komplett fehlte und was auch die Industrie seit Jahren fordert. Wir reden hier also nicht über wildes Bohren irgendwo an unserer Küste. Wir reden über ein klar reguliertes, streng überwacht System, das Offshore-Speicherung unter strengen Bedingungen ermöglicht. Und genau diese Differenzierung lässt der Antrag des SSW vermissen. Der ehemalige Bundestagsabgeordnete der FDP-Bundestagsfraktion Olaf in der Beek hat es treffend formuliert: Die Nutzung von CCS ist ein ‚Meilenstein auf dem Weg zur Klimaneutralität‘, gerade weil sie unvermeidbare Restemissionen dauerhaft aus der Atmosphäre holt. Und ja – Deutschland wird damit unabhängiger von Staaten, die diese Technologie längst einsetzen. Auch wir stehen zu dieser Linie.

Wir haben im Umwelt- und Agrarausschuss gemeinsam mit CDU und Grünen empfohlen, die Carbon-Management-Strategie des Bundes konstruktiv zu begleiten. Das heißt für uns konkret:

- ▶ Emissionsvermeidung bleibt oberste Priorität!
- ▶ CCS ist keine Ausrede für ein fossiles Weiter-so!
- ▶ Aber: Für industrielle Restemissionen brauchen wir diese Option!

Und wir sagen genauso deutlich:

- ▶ Die Schutzgebiete müssen ausgenommen bleiben!
- ▶ Transparenz, Monitoring und strenge Genehmigungsregeln sind unverzichtbar!
- ▶ Und: CO₂-Verklappung unter Land lehnen wir ab.

Das ist eine differenzierte, verantwortungsvolle Linie – nicht ideologisch, sondern rational.

Was bedeutet das genau für unser Land? Wir wollen, dass Schleswig-Holstein im Bundesrat nicht pauschal ‚Nein‘ sagt, sondern seine Interessen aktiv einbringt. Dazu zählen:

- ▶ hohe Sicherheitsstandards,
- ▶ klare Ausschlusszonen,
- ▶ Bürgerbeteiligung,
- ▶ und wissenschaftliche Begleitung.

Ein reflexhaftes Veto, wie der SSW es fordert, würde nicht nur die Bundesgesetzgebung blockieren – es würde auch unsere Industrie und unseren Wirtschaftsstandort schwächen. Denn Unternehmen brauchen Planungssicherheit. Und sie brauchen Lösungen für Restemissionen, wenn wir ihre Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein halten wollen.

Klimapolitik bedeutet, Verantwortung zu übernehmen – für die Umwelt, für die Industrie und für kommende Generationen. Eine verantwortungsvolle Politik verschließt sich neuen Technologien nicht. Sie prüft sie, sie reguliert sie und sie setzt sie dort ein, wo sie notwendig sind. Der Antrag des SSW bleibt leider in der Debatte von 2022 stehen. Wir als FDP dagegen stehen für eine moderne und wissenschaftsorientierte Klimapolitik. Deshalb werden wir diesem Antrag nicht zustimmen.“

Sperrfrist Redebeginn!

Für gilt das gesprochene Wort.



Anne Riecke

Sprecherin für Bildung, Kultur, Landwirtschaft, Fischerei, Jagd,
Verbraucherschutz, Religion, Minderheiten, Umwelt, Klimaschutz

Kontakt:

Eva Grimminger, v.i.S.d.P.

Pressesprecherin

Tel.: 0431 988 1488

fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de

FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

E-Mail: fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de, Internet: www.fdp-fraktion-sh.de